

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Görke, Ralph Lenkert,
Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/682 –**

Verbraucherinnen und Verbraucher vor Energiepreissteigerung schützen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, Gesetzentwürfe und Konzepte vorzulegen mit dem Ziel, die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Energiepreissteigerungen zu schützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/682 abzulehnen.

Berlin, den 16. März 2022

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Marc Bernhard
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Marc Bernhard

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/682** wurde in der 18. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Februar 2022 an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/682 stellende Fraktion DIE LINKE. schickt voraus, die Energiekosten seien rasant gestiegen, so der Strompreis für Haushalte trotz sinkender EEG-Umlage innerhalb eines Jahres um 8,6 Prozent. Die Preissteigerungen bei Strom, Gas und anderen Treibstoffen trafen nicht nur Bahn, Bus und Müllabfuhr. Sie führten überall zu höheren Preisen. Die Ursache läge unter anderem darin, weil der Ausbau der erneuerbaren Energien genauso wie der Ausbau von Bus und Bahn in Deutschland verschleppt worden sei. Die hohen Preise trafen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, aber auch Handwerksbetriebe sowie kleine, mittlere und kommunale Unternehmen schmerzlich. Dabei gingen die Preisanstiege weit über ein sozial erträgliches Niveau hinaus und gefährdeten etliche Wirtschaftszweige.

Aus diesen und weiteren Erwägungen heraus fordert die Fraktion DIE LINKE. die Bundesregierung unter anderem auf,

- einen Gesetzentwurf vorzulegen, um innerhalb der nächsten sechs Monate eine funktionierende staatliche Strompreisaufsicht einzuführen;
- die Vorschläge Frankreichs, Spaniens und Italiens zur Entkopplung der Strompreise von Spekulationen an der Börse zu unterstützen und in der EU umzusetzen;
- dem Bundestag ein Konzept vorzulegen, wie ein Energiegrundkontingent pro Person für alle Bürgerinnen und Bürger zu günstigen und stabilen Preisen umgesetzt werden kann;
- einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die Mehrwertsteuer auf Erdgas, Strom und Fernwärme für mindestens sechs Monate von 19 Prozent auf 7 Prozent zu reduzieren;
- sich auf EU-Ebene im Rat dafür einzusetzen, dass im Sinne der Mehrwertsteuersystemrichtlinie der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent auch auf Kraftstoffe, Flüssiggas, Autogas und Heizöl angewendet werden kann;
- die Heizkostenverordnung dahingehend zu ändern, dass der CO₂-Preis für das Heizen vollständig von den Vermietern getragen und nicht an Mieterinnen und Mieter weiterbelastet werden darf;
- für Menschen im Grundsicherungsbezug die tatsächlichen Energiekosten vollständig zu übernehmen und Wohngeld auf Basis der Bruttowarmmiete, also inklusive Warmwasser und Heizkosten, zu berechnen;
- einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Strom- und Gassperren für alle Privathaushalte verbietet;
- eine sofortige Einmalzahlung von 200 Euro an alle Menschen auszus zahlen, deren Einkommen unter der Armutsrisikoschwelle liegen und den Hartz-IV-Regelsatz so zu erhöhen, dass die Inflationsrate ausgeglichen wird;
- die Pendlerpauschale, die Geringverdienende benachteiligt, in ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld umzuwandeln.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/682 in seiner 4. Sitzung am 16. März 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/682 in seiner 6. Sitzung am 16. März 2022 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion die DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/682 zu empfehlen.

Berlin, den 16. März 2022

Marc Bernhard
Berichtersteller